Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 180 (2014)

Heft: 10

Artikel: Seitenblicke

Autor: Gänsdorfer, Manfred

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-515499

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Seitenblicke

Einer alten Volksweisheit nach ist das Gras im Nachbargarten stets grüner als das im eigenen und die Kirschen grösser und besser. Mitunter sogar die Gartenzwerge. Zumindest in der Wehrpolitik scheinen österreichische Verhältnisse den alten Sager zu widerlegen.

Manfred Gänsdorfer

Die österreichische Volksvertretung hat in der Bundes-Verfassung festgeschrieben, dass das Bundesheer als Miliz auszurichten ist. Nicht milizähnlich oder milizartig. Unmissverständlich heisst es im Gesetz: «… Das Bundesheer ist nach den Grundsätzen eines Milizsystems einzurichten» (Art. 79 [1] der Österreichischen Bundes-Verfassung). Im Jänner 2013 – also nahezu «gestern» – hat das österreichische Volk sich ebenso klar in einem Referendum für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht als Voraussetzung für das Milizsystem ausgesprochen.

Im Land der Tänzer und der Geiger – Grillparzer hatte es einmal so bezeichnet – scheinen in der Tat militärische Belange nur dann relevant zu werden, wenn es um die Auftritte der zahlreichen Militärmusikkapellen, protokollarische Einsätze der schmucken Garde oder die Ausrichtung von prunkvollen Bällen geht. Oder vor Wahlen.

Garde in der Wiener Hofburg.

Am Boden

Wie sonst soll es zu erklären sein, dass das österreichische Heer nunmehr am Boden liegt. 70 Prozent des Wehrbudgets, das ohnedies auf ein Mass von 0,6 Prozent des BIP gesunken ist, gehen für Personalkosten auf. Für 16 200 Berufssoldaten und 8000 Zivilbedienstete, die den Rahmen eines Heeres stellen, das alles andere als «nach den Grundsätzen eines Milizsystems» organisiert ist. Auf dem Papier wird die Heeresstärke mit 55 000 Soldaten angegeben. In dieser Zahl sind neben dem Berufskader auch die jährlich für sechs Monate einrückenden Wehrpflichtigen (also Rekrutenschüler, Anm.) eingerechnet. Um der Papierform zahlenmässig gerecht zu werden, zählt man dazu zehn leichte Milizbataillone, von denen kein einziges personell und materiell einsatzbereit ist. Gedanken an die einstigen Dörfer des Grafen Potemkin drängen sich da auf. Zum Vergleich: In der Schweiz verfügt man bei einem Berufskaderstand von 4000 Militärpersonen über ein Heer von 200 000 Soldaten, das man ab 2015 um die Hälfte zu reduzieren gedenkt. Die nahezu achtfache Menge mit nur einem Viertel der Zahl österreichischer Berufskader.

Wie konnte es zu diesem österreichischen Desaster kommen?

Einer der profiliertesten österreichischen Journalisten hat unlängst festgestellt, dass man in Österreich von der Gründung des Bundesheeres an, ein getreuliches Abbild einer Grossmachtarmee sein wollte. So Conrad Seidl, innenpolitischer Redakteur bei «Der Standard»: «Ein Berufsheer im Gartenzwergformat. Also mit ganz wenigen Panzern, ganz wenigen Flugzeugen, ganz wenigen Kanonen. Aber mit einem grossen Berufskader.» Und Seidl kennt das Bundesheer auch aus eigener Erfahrung aus soldatischen Verwendungen von Innen.

1970 hatten die Sozialdemokraten mit Bruno Kreisky an der Spitze die Mehrheit der Parlamentssitze und damit auch den Regierungsauftrag erhalten. Der Slogan «Sechs Monate sind genug» hatte dabei eine wesentliche Rolle gespielt. Nach den Ideen General Spannocchis kam es zum Konzept der Raumverteidigung. Personell

mit einer Miliz, die aus einem Grundwehrdienst von sechs Monaten plus zwei Monaten Truppenübungen aufwuchs. Spannocchi hatte es geschafft, aus der Not eine Tugend zu machen. Alles auf gesetzlich klar geregelter Basis, aber freilich nach dem alten Grillparzerschen Motto «dem Fluch des edlen Hauses entsprechend mit halben Mitteln»: Finanziell unterdotiert. Eine 300 000 Mann starke Miliz war das Ziel. Integriert darin eine Mini-Profi-Truppe von 15 000 Mann. Auch diese Bereitschaftstruppe, hauptsächlich in mechanisierten Verbänden organisiert, sollte aber ebenso wenig wie die Miliz zur vollen Stärke gelangen.

Reformkommissionssitzung – Präsidiumssitzung: Für ein Bundesheer mit Zukunft? Bilder: Bundesheer

Mit dem Zerfall des Warschauer Paktes war auch das Raumverteidigungskonzept überholt. Ab 1992 erfolgte daher eine deutliche Reduktion der personellen Stärke, wobei allerdings der Berufskaderanteil im Heer in einem signifikant geringeren Ausmass schrumpfte, obwohl die gesetzliche Forderung nach einem Heer nach den Grundsätzen der Miliz aufrecht blieb. Warum auch sollte die personelle Struktur eine andere sein? Das Bedrohungsbild hatte sich zwar geändert, aus den Aufträgen an das Heer war aber nach wie vor die Notwendigkeit eines Bedarfsheeres gegeben – keinesfalls eine, aus der sich ein Präsenzheer folgern liess. Daran änderte auch Österreichs Mitgliedschaft in der Europäischen Union nichts, die unter Aufrechterhaltung der «Immerwährenden Neutralität» erfolgte.

NATO-Mitgliedschaft?

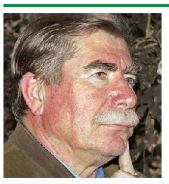
Auch die Empfehlungen einer ausserparlamentarischen Reformkommission konnten daran nichts ändern. Einer Reformkommission, die zwar im Vorsitz mit einem Politiker besetzt, deren Arbeit im Kern jedoch von Berufsmilitärs vorbereitet war. Aussagen von damaligen Spitzenmilitärs («Wir hatten das alles schon vorbereitet und fertig in der Lade liegen») lassen keine Zweifel aufkommen, dass es genau um das ging, was eingangs zitiert wurde: Man wollte immer die Miniaturausgabe einer Grossmachtarmee sein. Zumindest Teil einer grossen Armee. Diesmal mit dem Ziel, mit einer Profi-Truppe NATO-Mitglied zu werden. Die Vorschläge dieser Reformkommission wurden mit viel Getöse öffentlich präsentiert, das Ziel einer NATO-Mitgliedschaft wurde freilich politisch nie näher verfolgt. Das Groteske: Österreichische Verteidigungsminister beeilten sich, abgestützt auf Beratung durch hohe Berufsmilitärs, die Empfehlungen der Kommission umzusetzen. Was die Kürzungen des Milizheeres betraf, mit Riesenschritten. Die Zahl der Berufssoldaten betreffend, sehr zögerlich. Mit dramatischen Auswirkungen auf das ohnedies stets zu geringe Wehrbudget, in dem der Personalaufwand dynamisch zunahm.

All das unter tatenlosem Zusehen der Volksvertretung. Der Gipfel dieser «Bemühungen» wurde auf Betreiben des sozialdemokratischen Verteidigungsministers mit einem Referendum zur Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht erreicht. Allerdings: Das Volk erteilte einem Berufsheer dabei eine klare Abfuhr. Als sich mit Neuauflage der Koalition aus SPÖ und ÖVP die Regierungspartner einigten, einem Fiasko des Staatshaushaltes mit einem eisernen Sparprogramm zu begegnen, war auch das ohnehin schon in den vergangenen Jahren unterdotierte Wehrbudget betroffen und wurde im Vergleich zum Vorjahr lediglich marginal erhöht. Ministerialoffiziere und der Ressortminister stimmten zu. «Unter Erhalt der Einsatzbereitschaft» war vom Verteidigungsminister und Generalstabschef zu vernehmen.

Fazit

Das Resultat: Die Truppe hat kaum noch Fahrzeuge (da tut es auch nicht weh, wenn es keinen Treibstoff gibt), Übungen werden abgesagt, es gibt kaum Munition, die Luftraumüberwachung wurde unter dem Titel «situationsflexibel» heruntergefahren, die 15 Eurofighter stehen auf dem Boden (da braucht man dann auch kaum noch Piloten) etc., etc.

«Das Bundesheer ist zum verbeamteten Berufsheer geworden, bei dem halt nebenbei Rekruten einberufen und wieder heimgeschickt werden, während das Berufskader alt und grau wird», schreibt Seidl. Zu ergänzen wäre: Ein Perpetuum Mobile Militaris, in dem die Wehrpflicht weitestgehend sinnlos ist, weil «Sechs plus Null» militärisch Null ergibt: Keine Miliz und damit keine Verfassungskonformität. Dies zu ändern, liegt in Österreich nicht nur am Geld. Dennoch: Eine laufende Unterdotierung des militärischen Haushalts ohne vorausblickende Planung führt zwangsweise zu dem, was ein Blick zum Nachbarn zeigt: Die Bruchlandung des Heeres in einer scheinbar unumkehrbaren Situation – bei allem Charme, den Gartenzwerge haben mögen … ■



Brigadier i R
Manfred Gänsdorfer
Mag. phil.
Militärpublizist
www.sgsp.at
AT-7202 Bad Sauerbrunn